

Ärger um einen Pikser

Vor der Schweinegrippe-Impfaktion streiten Kassen und Ärzte um die Höhe des Honorars

Von Dietrich Mittler

München – Kurz vor der großangelegten Impfaktion gegen die sogenannte Schweinegrippe bahnt sich zwischen Bayerns Krankenkassen und den Ärzten abermals ein Streit ums Honorar ab. Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) will für jede Impfung einen Betrag von sieben Euro und 67 Cent aushandeln. „Viel zu hoch“ – halten die Kassen entgegen und verweisen auf das Bundesland Bremen. Dort hat die zuständige Senatorin für Gesundheit die Vergütung für jede Impfung auf 4,08 Euro festgesetzt.

Die Bremer Ärzteschaft hat diesen Betrag ohne große Gegenrede akzeptiert – nicht zuletzt deshalb, weil durch den erhofften Massenandrang an Impfwilligen auch so gutes Geld zu verdienen sei, wie ein Sprecher der KV Bremen auf Nachfrage erklärte. Aus Sicht der KVB ist das auf Bayern nicht übertragbar. „In Bremen wird jedem Impfwilligen ein Fragebogen in die Hand gedrückt, auf dem er ankreuzt, ob er überhaupt einen Arzt sprechen will. Wir hingegen werden bei jedem erst einmal feststellen, ob er impffähig ist“, sagt Gabriel Schmidt, Vorstandsmitglied der KVB. Die Impfung gegen den neuen Influenza-Erreger H1N1 sei eine Grippe-Impfung wie jede andere auch, und dafür seien mit den Kassen nun einmal 7,67 Euro vereinbart. Immerhin würden die Patienten ja auch über den Impfstoff und seine Auswirkungen aufgeklärt.

Nach Ansicht von Helmut Platzer, dem Vorstandsvorsitzenden der AOK



Selbst fürs Impfen wollen die bayerischen Ärzte mehr Geld haben als ihre Kollegen in anderen Ländern.

Foto: Thomas Lohnes, ddp

Bayern, geht das an der Realität vorbei: „Die Leute, die sich selbst gegen die Schweinegrippe impfen lassen wollen, haben sich längst über Medien informiert. Der Regelfall wird also der sein, dass der Patient oder die Patientin in die Praxis gehen, der Arzt setzt die Spritze an, und dann ist der Nächste an der Reihe“, sagt Platzer. Und dafür seien sieben Euro eindeutig zu viel.

Da bereits für Mitte/Ende Oktober die ersten Impfstofflieferungen erwartet werden, drängt das Gesundheitsministerium in München auf eine rasche Einigung. Viele Fragen sind noch ungeklärt: Wer haftet für Impfschäden? Wie genau funktioniert die Transportlogistik, damit die Impfstoffe überhaupt zum behandelnden Arzt kommen? Und wie oft muss der Impfstoff pro Patient verabreicht werden: tatsächlich zweimal oder reicht auch eine Spritze aus?

Aus einigen Kassen wird Kritik an Gesundheitsminister Markus Söder laut: Er habe in Massen Impfstoff bestellt, ohne zu wissen, was er da genau einkauft. AOK-Chef Platzer sieht die Schuld indes beim Bund: Berlin habe die großangelegte Schweinegrippe-Impfung – über deren Sinn man auch streiten könne – vorangetrieben. Und Berlin habe gedacht, dass der öffentliche Gesundheitsdienst die Impfaktion kostengünstiger als niedergelassene Ärzte durchführen könne. Nur, der öffentliche Gesundheitsdienst wurde in vielen Ländern auf das Nötigste reduziert. „In Bayern lief das im Rahmen der Stoiber'schen Spar- und Abholzaktion“, sagte einer der Kassenvertreter.